

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verlagsanstalt Tagesblatt Riess.  
Sternstr. 22.

Verlagsanstalt: Singsg. 21/22.  
Sternstr. Riess Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riess, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 248.

Montag, 20. Oktober 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung 1,50 Mark eine halbjährliche, bei Abholung am Postamt vierteljährlich 1,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 3 mm hohe Standardzeile (7 Zeilen) 45 Pf., Ortspreis 40 Pf., getrennter und abheftbarer Satz 50%. Aufschlag Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Unerwartete Unterhaltungsbeilagen, Anzeigen an der WBr. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Aufhebung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Singsg. & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Singsgasse 59. Verantwortlich für Redaktion: Erich Kühnel, Riess; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dietrich, Riess.

### Verichtigung.

In der Bekanntmachung, Brot- und Mehlversorgung vom 15. Oktober 1919 — 1508 o 1 — muß es heißen in § 25 B für Brot: „Zwieback 25 Bg. für 75 gr“ (anstatt für Zwieback 25 Bg. für 25 gr).  
Großenhain, am 20. Oktober 1919.

### Der Kommunalverband.

Wegen Reinigung der Reichsstraße können Freitag und Sonnabend, den 24. u. 25. d. Mts. nur dringliche Sachen erledigt werden.  
Amtsgericht Riess.

### Eierverteilung.

Für die Stadt Riess ist noch eine geringe Menge Kalketer zugewiesen worden. Diese Eier dürfen nicht in der Schale gefischt werden.  
Die Eier werden gegen Abgabe des Abschnitts „N“ der roten Lebensmittelbesugskarte Dienstag, den 21. Oktober 1919, nachmittags 2—6 Uhr, im Hauptgeschäft der Molkerei-Genossenschaft e. G. m. b. H., Wettinerstraße 24, abgegeben und zwar werden beliefert die Karten Nr. 3401—3900.  
Der Preis für 1 Ei beträgt 1 Pf.  
Der Rat der Stadt Riess, am 18. Oktober 1919. Ohm.

### Ausgabe der Wochenkartoffelkarten in Gröba.

Dieserigen diejenigen Einwohner, die ihre Kartoffeln nicht auf Landeskartoffelkarten beziehen wollen, haben ihre Landeskartoffelkarten spätestens Dienstag, den 21.

aber Mittwoch, den 23. Oktober 1919, vormittags 8—1 Uhr im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6 zurückzugeben und erhalten gegen Abrechnung der Abchnitte A und B Wochenkartoffelkarten auf die Zeit vom 2. November 1919 bis 27. März 1920 ausgetauscht. Ein späterer Umtausch von Landeskartoffelkarten in Wochenkarten ist nicht möglich. Diejenigen Personen, die ihre Landeskartoffelkarten nicht bis spätestens 23. Oktober d. J. zurückgeben, gelten als durch Landeskartoffelkarte versorgt und werden in die Wochenkartoffelkarten nicht aufgenommen.

Teilkartoffelkartenvorleger, die nur geringe Kartoffelanbauflächen haben und Anspruch auf einen Teil der Kartoffelkarten machen, können diese Karten ebenfalls bis spätestens 22. Oktober 1919 im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6 in Empfang nehmen.  
Gröba (Elbe), am 18. Oktober 1919. Der Gemeinderat.

Der Gemeinderat hat der neuerbauten Straße zwischen der alten und neuen Gruppe der Soar- und Baugewerkschaft an der Oststraße den Namen **Schillerstraße** beigelegt und die Straße, an die das östliche Haus der gleichen Baugruppe ansteht, benannt. Wir bringen dies hiermit zur allgemeinen Kenntnis.  
Gröba (Elbe), am 17. Oktober 1919. Der Gemeinderat.

**Pferdefleischverkauf bei Herrn Albert Wehlhorn**  
in Gröba Dienstag, den 21. Oktober 1919, vormittags von 10—12 Uhr auf die rote Ausweisarte Nr. 1801—1900.  
Gröba (Elbe), am 20. Oktober 1919. Der Gemeinderat.

### Nationalversammlung.

Präsident Dehnbach eröffnete die Sonnabend-Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushaltsrechnungsbilanzministeriums. Abg. Müller-Potsdam (Soz.): Das Gesetz über die Betriebsräte hätte längst fertig sein müssen. Eine Novelle, betreffend die Kriegsbeschädigten, ist in Vorbereitung. Die kleinen Invalidenrenten können zwar kaum die Höhe der Beschädigten, aber die ungewisse Abfindung für die kleinen Renten bis zu 20 Prozent ist zu verwerfen, denn die kleinen Renten sind immer etwas sicheres. Vereinfachung auf dem gesamten Gebiete des Versicherungswesens muß eintreten, ebenso bei den Krankenkassen. Die maßgebende Mitwirkung der Versicherten muß bei dem gesamten Versicherungswesen eingeführt werden. Ein einheitlicher Versicherungsbeitrag für die verschiedenen Zweige der Versicherung muß geschaffen werden. Die Angehörigen müssen in die Arbeiterversicherung einbezogen werden. Die Sozialfürsorge, die soziale Fürsorge soll im Arbeitsministerium vereinigt werden. Abg. Tremmel (Soz.): Die Schaffung eines ausgedehnten Arbeiterrechts muß beschleunigt werden, zumal auf dem Gebiete des Vereins- und Koalitionsrechts. Gewalt und Terror müssen beseitigt werden. Die Schaffung eines Beamten- und Angestelltenrechtes, sowie die Klärung des Schlichtungs- und Einigungswesens sind dringliche Aufgaben. Wir sind der Meinung, daß dem Betriebsrätegesetz eine gründliche Durchberatung nötig ist, ohne daß es verschleppt wird. Das Mitbestimmungsrecht des Arbeiters muß natürlich gewahrt werden. Die Arbeitslosenunterstützung muß weiter ausgebaut werden bis zur gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung. Wichtig ist, daß nur die unterstützt werden, die unerschuldet arbeitslos sind. Die Ausbeutung der Heimarbeit muß verhindert, die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen müssen ausreichend unterstützt werden. Abg. Frau v. Gierke (Deutschn.): Von den ungeheuren Summen, die der Etat fordert, sind sehr bedeutende Beträge völlig unproduktiv. Sozialpolitik muß in klügender Zusammenhänge mit der Wirtschaftspolitik stehen. Der eigentliche Zweck des Ministeriums ist aber, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln. Nur in einem starken Staate kann Sozialpolitik geübt werden. Die Unterhaltung jugendlicher Erwerbsloser müßte an den Besuch von Tages-Weiterbildungsschulen geknüpft werden. Bei der Schaffung eines Arbeiterrechtes finden wir, daß dem beruflichen Vertreter Rechnung getragen wird. Auch der Beruf der Hausfrau muß als solcher anerkannt werden. Die Koalitionsfreiheit begrüßen wir, sie muß vor dem Terror geschützt werden. Bei den Betriebsräten darf das Mitbestimmungsrecht nicht zum Mitregieren werden. Unser Grundgesetz ist Klassenverfassung, Einklassigkeit der Arbeit in die Wirtschaft und der Arbeiter in die Gesellschaft. Reichsarbeitsminister Schüller: Wenn die Lust zur Arbeit jetzt noch nicht da ist, so ist das sogenannte Sozialloos des Krieges daran schuld. In den wenigen Monaten, in denen einige Sozialdemokraten in der Regierung waren, konnte sich doch noch nichts Wesentliches ändern. Die Interessententfremdung vom Arbeitsministerium in weitestem Maße herangezogen werden. Die Schaffung einer Reichszentrale für Arbeitsvermittlung, der Ausbau des Arbeitsnachweises für den Bergbau sind sehr notwendig. Der Ausbau der Arbeitslosenunterstützung kann nur so geschaffen werden, daß eine strenge Kontrolle durchgeführt wird. Vor allem müssen die Landesregierungen und die Kommunen für Arbeitsbeschäftigung sorgen. Das Wichtigste, um unser Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, ist der Arbeitsschutz. Der Minister kündigte eine ganze Reihe von Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsförderungsmaßnahmen an. Durch Übernahme des gesamten Militärversorgungswesens ist die Arbeit des Reichsarbeitsministeriums ungewisser geworden. Eine Reform des Schlichtungswesens ist im ersten Entwurf fertiggestellt und wird dem Hauke in nicht allzu langer Zeit vorgelegt. Statt der Ernennung der Weisler ist die Wahl vorgesehen. Weiter ist die Bildung von Berufsammern und ferner eine Revisionsinstanz vorgesehen. Die Wahrung des Koalitionsrechtes wird zu den Aufgaben der Betriebsräte gehören. Im vermerkte jeden Terror bezüglich der Wahrung des Arbeitsverhältnisses und dem Maße, wie vermittelnd eingegriffen. Als der nächste Redner, Abg. Winkler (Unabh. Soz.), das Wort ergreifen will, verlassen sämtliche Abgeordnete, der Minister und alle Regierungsdirektoren ebenfalls den Saal. Es bleiben nur noch der Präsident mit einem Schriftführer und zunächst 6, später 8 Unabhängige und der

### Reichswirtschaftsrat und Auslandspropaganda.

Der Zentralrat der Arbeiter Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in dem er von der allgemeinen Neuwahl von Arbeiterräten bis zur reichsweiten Regelung der Arbeiterfrage Abstand zu nehmen erludt. Er will mit allen durch die demokratischen Einrichtungen geschaffenen Mitteln dahin wirken, daß der in der Verfassung vorgesehene Reichswirtschaftsrat sich zu der vom 2. Kabinettag gebilligten Kammer der Arbeit erweitere. Die Kundgebung gibt der unabhängigen Presse Veranlassung, sich gegen den Reichswirtschaftsrat in der Form, wie ihn die Verfassung vorsieht, als ein Demnis der revolutionären Entloftung auszusprechen. Demgegenüber sehen weitere Kreise aus allen Schichten der Arbeitenden mit großer Hoffnung auf den Zulankentritt und die Arbeiten des Rates, von dem sie eine durchgreifende Förderung der wirtschaftlich positiven Kräfte erwarten.

Je nach der Parteilichkeit, die die einzelnen Gruppen einnehmen, sprechen sie ihre Wünsche für die Tendenz der Tätigkeit aus, die der Reichswirtschaftsrat ausüben soll. Man wird vielen verschied. von hervorragenden Vertretern politischer Anschauungen ausgesprochen sich entgegenstehenden Hoffnungen bedingene ferne allzu starke Bedeutung beilegen dürfen, weil sie meist gerade ein Charakteristikum vermissen lassen, das, wie man erwarten darf, den Verhandlungen und Beschlüssen des Reichswirtschaftsrates eigen sein wird: die Beurteilung wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Fragen rein nach den Bedürfnissen der Wirtschaft, unbeeinträchtigt durch politische Meinungsverschiedenheiten der verschiedenen Richtungen.

Unter den mannigfachen Aufgaben des Reichswirtschaftsrates ist eine zu nennen, deren Durchführung von hervorragender Wichtigkeit für das deutsche Wirtschaftsleben sein dürfte und auch von den Vertretern ausnehmend lebhaft politischer Ansichten als wesentlich anerkannt werden sollte. Die „Weser Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß man dem Ausbau der Heiden der wirtschaftlichen Besserung durch großzügige sich aber vor Lieberbreitung stehende Propaganda klar vor Augen stellen, es auf die Steigerung der Kohlenproduktion und die Vermehrung der Ausfuhr hinweisen und ihm sagen sollte, daß dieser Gesundheitsprozeß sehr viel beschleunigt werden könnte, wenn nicht in Untermis der Folgen Deutschland vom Auslande durch das Loch im Westen und die Verweigerung weiterer Kohlenlieferungen immer wieder dem Abgrund zu getrieben würde. Wir wählten keine Körperlichkeit, die geeigneter wäre, die Verbreitung dieser Tatsachen im Auslande zu fördern, als eben der Reichswirtschaftsrat. Wird er sich doch innerhalb der nächsten Monate des Auslandes eines ganz außerordentlichen Ansehens infolge seiner Zusammensetzung aus Männern der Partei erfreuen; sicherlich wird man jenseits der Grenzen den Worten, die er ausspricht, und den Beschlüssen, die er faßt, mit einer umso größeren Aufmerksamkeit folgen, als man die Ueberzeugung gewinnen wird, daß er in der Tat der Exponent der aktiven wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands ist. Somit wird die Auslandspropaganda in wirtschaftlicher Beziehung ganz natürlich von ihm ausgehen haben, weil eine Einwirkung auf die Anschauungen des Auslandes über Deutschlands Wirtschaft und deren neue Entwicklungsmöglichkeiten mit dem Auslande schon durch sein Dasein und seine Tätigkeit begünstigt wird. Es ist also ganz natürlich, ihm auch die bewusste wirtschaftliche Auslandspropaganda in die Hand zu geben, und dadurch die Nachrichenabteilung des Auswärtigen Amtes von Aufgaben zu entlasten, die den dort tätigen Beamten, die in wirtschaftlicher Beziehung meist nicht Sachverständige sind, nicht liegen.

### Zur Beendigung des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der Streik der Berliner Metallarbeiter hat in allen wirtschaftspolitisch interessierten Kreisen besondere Beachtung gefunden, da es sich hier zweifellos um den Versuch handelt, eine der bedeutendsten Gewerkschaften, die fast völlig unter dem Einfluß unabhängiger Sozialisten steht,

zur Anwendung neuer (stärkerer ungewerkschaftlicher Kampfmethoden zu veranlassen. Es handelte sich bei dem Lohnkampf nicht in erster Linie um Fragen der Wohnverbesserung, der Mitbestimmung, des Urlaubsrechtes usw., sondern vor allem um die Frage, daß die Metallarbeitergewerkschaft veranlaßt, die Metallindustrie zu Umwälzungen zu zwingen, die es den Arbeitern ermöglicht hätten, jederzeit auf der Grundlage des neu geschaffenen Tarifvertrages unter Ausnutzung jeder Konjunkturschwankung höhere Lohnforderungen durchzusetzen. Es war ein Kampf der Metallarbeitergewerkschaft gegen die bisher von den Gewerkschaften verfolgte Politik, durch bestimmte Tarifverträge für bestimmte Metallschmiede feste Grundlagen des Arbeitsverhältnisses zu schaffen. Beachtet man diese sehr wesentliche Seite des jetzt beendeten Kampfes, so erkennt man auch gleichmäßig, daß es hier sich weniger um einen Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum als um einen Kampf der unabhängigen Sozialisten gegen die mehrheitssozialistische Politik der obersten Gewerkschaftsbehörden handelte. Die außerordentliche Schärfe und Härte, mit der vor allen Dingen der Reichswirtschaftsrat in jeder Situation gegen die Streitenden Stellung nahm, rechtfertigt die Auffassung, daß es sich hier eben um einen Machtkampf zwischen den beiden sozialistischen Richtungen handelte. Ob das Wirtschaftsleben heute noch stärker genügt ist, derartige Auseinandersetzungen politischer Parteien auf wirtschaftlichem Boden zu ertragen, erdient sehr fraglich. — Von dem Moment an, in dem die fünfzehner-Kommission der Metallarbeiter sich mit der Berliner Gewerkschaftskommission in die Streitleitung teilte, lebte, wenn auch nach außen hin eine vorübergehende Verständigung der Situation festzustellen war, bereits die innere Verlandigung ein. Denn von diesem Augenblick an wurde mehr oder weniger das Kampfmittel wieder auf die bisher übliche gewerkschaftliche Kampfform zurückgeführt. Das jetzige Einigungsergebnis, das einen Sieg des Schlichtungsgerichtes bedeutet, kann gleichzeitig als ein voller Sieg der Grundgedanken bisheriger Gewerkschaftspolitik innerhalb der Arbeiterchaft gebudt werden. Die zunehmende Erkenntnis innerhalb der Arbeiterchaft, die sich darin ausdrückt und die anerkennt, daß das Arbeits- und Lohnverhältnis nicht durch gewaltsamen Terror umgestaltet werden kann, sondern daß auch hier die einzig wirksame Waffe der Rechtsgedanke ist, wird wesentlich dazu beitragen, im kommenden Winter mit all seinen schwierigen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen die radikale Arbeiterchaft von nutzlosen Unruhen abzuhalten. Der Berliner Metallarbeiterstreik kann dann in der Geschichte der gesamten Koalitionsentwicklung als eine wichtige Etappe auf dem Wege verzeichnet werden, der, wenn auch mit vielen schwierigen Begleiterscheinungen, im Wirtschaftsleben dem Produktionsgamben wieder zum Durchbruch verhallt.

In den Streiks in Berlin stellen die Blätter fest, daß kein Streikendstreik trotz verschiedener Versuche in dieser Richtung stattfinden werde. Der Metallarbeiterstreik wird, so hofft man allgemein, Montag früh beendet sein. Die „Freiheit“ allerdings meint, da die endgültige Einigung noch nicht erreicht sei, werde der Metallarbeiterausstand noch mindestens eine Woche dauern. Sie erklärt auch, die Nichtzurückgabe der technischen Nothilfe mache die Aufnahme der Arbeit unmöglich. — Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die technische Nothilfe wird erst dann ihre Aufgabe als erledigt ansehen, wenn der Streik in den lebenswichtigen Betrieben in seinem ganzen Umfang beendet ist. Bis zu diesem Zeitpunkt bleibt selbstverständlich auch die Streikverordnung des Oberbefehlshabers in Kraft. — Ein Beschluß der Gewerkschaftskommission bezeichnet die technische Nothilfe als eine bedrohlich organisierte Streikbrecherorganisation.

Die Beendigung der Technischen Nothilfe. Von zuständiger Stelle wird gemeldet: Die Technische Nothilfe, die sich in dankenswerter Weise zur Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe im Interesse der durch die Streiks bedrohten Bevölkerung betätigt, wird von den Streitenden selbst beschützt und mit Gewalt bedroht. Auch die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung hat beunruhigend alle angeschlossen Organisationen empfohlen, den Ausschluß aller derartigen Mitglieder vorzunehmen, die der Technischen Nothilfe angeschlossen sind. Um der wirtschaftlichen Bedrohung und Schädigung der Angehörigen der Technischen Nothilfe und ihrer Familienmitglieder wirksam zu begegnen, hat nunmehr der Oberbefehlshaber auf Grund des Befehls